

<b>Vorlage</b>		<b>Vorlage-Nr:</b> FB 01/0419/WP18
Federführende Dienststelle: FB 01 - Fachbereich Bürger*innendialog und Verwaltungsleitung Beteiligte Dienststelle/n:		Status: öffentlich
		Datum: 03.11.2023
		Verfasser/in:
<b>Genehmigung der Niederschrift zur Sitzung des Hauptausschusses vom 13.09.2023 (öffentlicher Teil)</b>		
<b>Ziele:</b>		
<b>Beratungsfolge:</b>		
<b>Datum</b>	<b>Gremium</b>	<b>Zuständigkeit</b>
22.11.2023	Hauptausschuss	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Der Hauptausschuss der Stadt genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 13.09.2023 (öffentlicher Teil).

Sibylle Keupen  
Oberbürgermeisterin

**Anlage/n:**

Niederschrift Hauptausschuss 13.09.2023 (öffentlicher Teil) – nur im Ratsinformationssystem

**N i e d e r s c h r i f t**  
**Sitzung des Hauptausschusses**

15. November 2023

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 13.09.2023
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	18:18 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Sitzungssaal des Rates, Rathaus

---

Anwesende:

Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen

Ratsherr Harald Baal

Vertretung für: Bürgermeister Holger  
Brantin

Ratsherr Marc Beus

Vertretung für: Ratsherr Hans Leo  
Deumens

Ratsherr Dr. Sebastian Breuer

Ratsfrau Julia Brinner

Ratsherr Mathias Dopatka

Ratsfrau Elke Eschweiler

Ratsfrau Ulla Griepentrog

Ratsherr Wilhelm Helg

HA/19/WP18

Ausdruck vom: 15.11.2023

Seite: 1/17

Ratsfrau Iris Lürken

Ratsherr Markus Mohr

Ratsfrau Daniela Parting

Ratsherr Hermann Josef Pilgram

Vertretung für: Ratsfrau Monika  
Annette Wenzel

Ratsherr Carsten Schaadt

Ratsherr Dirk Szagunn

Ratsherr Peter Tillmanns

Vertretung für: Ratsfrau Gaby Breuer

Abwesende:

Bürgermeister Holger Brantin

entschuldigt

Ratsherr Michael Servos

entschuldigt

Ratsfrau Gaby Breuer

entschuldigt

Ratsherr Hans Leo Deumens

entschuldigt

Ratsherr Kaj Neumann

entschuldigt

Ratsfrau Monika Annette Wenzel

entschuldigt

von der Verwaltung:

Stadtdirektorin Annkathrin Grehling

Dezernat II

Beigeordnete Frauke Burgdorff

Dezernat III

Beigeordneter Heinrich Brötz

Dezernat IV

Beigeordneter Dr. Markus Kremer

Dezernat V

Beigeordneter Prof. Dr. Manfred Sicking

Dezernat VI

Frau Dr. Bacher

Fachbereich Kommunikation und Stadtmarketing

Herr Jonek

Dezernat II

Frau Dr. Karow-Kluge

Fachbereich Bürger\*innendialog und Verwaltungsleitung

als Schriftführer:

Herr Berg

Fachbereich Bürger\*innendialog und Verwaltungsleitung

HA/19/WP18

Ausdruck vom: 15.11.2023

Seite: 2/17

## **Tagesordnung:**

### Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**
  
- 2 **Genehmigung der Niederschrift zur Sitzung des Hauptausschusses vom 23.08.2023  
(öffentlicher Teil)  
Vorlage: FB 01/0403/WP18**
  
- 3 **Sachstand "Zukunftsprozess Innenstadtmorgen" - hier: Innenstadt Charta  
Vorlage: FB 01/0384/WP18**
  
- 4 **Der Internationale Karlspreis zu Aachen. Eine Dauerausstellung  
Vorlage: E 49/0061/WP18**
  
- 5 **Ratsantrag Nr. 229/18 der CDU-Fraktion vom 09.02.2022  
„Angsträumen mutig entgegentreten“  
Vorlage: FB 61/0684/WP18**
  
- 6 **Umlegungsausschuss  
Wiederwahl und Wahl von Mitgliedern  
Vorlage: FB 62/0025/WP18**
  
- 7 **Mitteilungen der Verwaltung**

## Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der nichtöffentlichen Sitzung:**
  
- 2 **Genehmigung der Niederschrift zur Sitzung des Hauptausschusses vom 23.08.2023  
(nichtöffentlicher Teil):**  
**Vorlage: FB 01/0404/WP18**
  
- 3 **Mitteilungen der Verwaltung:**

## **Protokoll:**

### Öffentlicher Teil

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Frau Oberbürgermeisterin Keupen eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

#### **zu 2 Genehmigung der Niederschrift zur Sitzung des Hauptausschusses vom 23.08.2023 (öffentlicher Teil)**

**Vorlage: FB 01/0403/WP18**

## **Beschluss:**

Der Hauptausschuss der Stadt genehmigt einstimmig die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 23.08.2023 (öffentlicher Teil).

HA/19/WP18

Ausdruck vom: 15.11.2023

Seite: 4/17

### zu 3 Sachstand "Zukunftsprozess Innenstadt morgen" - hier: Innenstadt Charta

Vorlage: FB 01/0384/WP18

Ratsfrau Eschweiler, CDU, äußert, dass ihre Fraktion den Prozess Innenstadt morgen von Anfang an gerne positiv begleitet habe, weil allen klar gewesen sei, dass in dieser Stadt etwas passieren müsse. Das sei aber nicht Neues, das in 2020 erfunden worden sei, sondern dies seien Dinge, die schon längst laufen, die man aber gezielt fortsetzen wolle. In dieser Vorlage habe man nun über 7 Seiten zu lesen über Ziele, Arbeitsaufträge, Meetings, diverse Zusammenkünfte und Festivals. Das alles sei abgestimmt auf der Auswahl eines Stadtplanungsbüros aus Berlin und soll dezernatsübergreifend passiert sein. Wenn man sich aber anschau, wer daran beteiligt war, fehlten doch einige Dezernate, wie das Umweltdezernat, das aber bei so einem Prozess dabei sein müsste, wenn man die Innenstadt neu planen wolle. Sonst käme es dazu, wie es auch in der Vorlage zu lesen sei, dass man über Begrünungsflächen in der Großkölnstraße spreche, sich aber für bewegliche Blumenkübel oder für Palmen, die man irgendwo am Kaiserplatz aufstelle, feiern lasse. Man spreche hier zum Teil über Schwammstadt, aber nicht über Verschattung. Dies seien alles Punkte, die das Umweltdezernat sicher beleuchtet hätte. Finanziell sei gar nichts eingestellt und man könne sich daher fragen, ob nichts passiere oder ob es nichts koste. Wenn man sich aber anschau, welche Festivals nacheinander gefeiert würden, müsse man schon sagen, dass es etwas koste.

Was habe man aber bisher gesehen? Man habe Mitwirkungsformate entwickelt, man habe Bürger\*innentreff und Website, Morgenwerkstätten und Morgenfestival, man habe die Taskforce InnenstadtMorgen und dann würde das Ganze als Highlight in eine sogenannte Charta eingepflegt. Dies sei aber der Punkt, an dem ihre Fraktion die Vorlage überhaupt nicht mehr verstanden habe, denn die übergeordneten Ziele in dieser Charta lauteten allen Ernstes: „Aachen wird gerecht, vielfältig und mutig.“ Es hätte nicht all dieser Zusammenkünfte und Meetings bedurft, um das in eine Charta zu schreiben. All diese Meetings hätten aber am Ende nicht irgendeinen Beitrag dazu geleistet, dass irgendetwas besser geworden sei. Man könne doch nicht sagen, dass die Erfolge des InnenstadtMorgens beispielsweise in der Großkölnstraße liegen, wenn man dort ein paar Kübel aufgestellt habe. Man könne auch nicht sagen, die Erfolge lägen in der gemeinsamen Wache. Diese sei bereits Jahre vor der letzten Kommunalwahl auf den Weg gebracht worden. Was man aber nicht in der Vorlage finde, sei eine Aussage dazu, wie viele Einsätze die gemeinsame Wache bereits gehabt habe und ob es dazu beigetragen habe, dass sich in der Pontstraße Dinge verändert haben. Auch werde nichts dazu gesagt, was gegen die Leerstände unternommen werde und wie viele Menschen man denn gewonnen habe, um ein Geschäft in der Innenstadt zu eröffnen.

In der Vorlage stellten sich etliche Fragen, wie z.B. was man gegen Angsträume unternehme, wolle man wirklich Sportflächen in der Innenstadt, welche Reihenfolge man angehen wolle, ob man erst nichtkommerzielle Institutionen beflügeln oder ob man vielleicht noch einmal an den Einzelhandel und an die Gastronomie denken wolle, die für die Stadt essentiell wichtig seien. Man wisse ferner nicht, wie viele Menschen an den besagten Umfragen teilgenommen hätten und ob dies überhaupt repräsentativ gewesen sei.

Ihre Fraktion werde dies nicht einfach so zur Kenntnis nehmen, weil man diese Fragen erst im Detail beantwortet haben wolle. Es sei auch zu fragen, wo und an welcher Stelle denn die Verwaltung zur Abstimmung dieser Vorlage den Diskurs mit der Politik gesucht habe. Man wolle hier keinen Freifahrtschein für die Verwaltung erteilen. Man erlebe es in jedem der Ausschüsse in den letzten Wochen und Monate, dass die Bürgerinnen und Bürger und die Presse informiert sei und die Politik dies nur noch absegnen solle. Dafür sei man aber nicht in diesen Ausschüssen. Daher habe man einen alternativen Beschlussvorschlag heute verteilt, mit dem man darum bitte, die Vorlage zu vervollständigen, indem der Maßnahmenplan für den Zukunftsprozess InnenstadtMorgen und die zugehörige Finanzplanung für 2024 dem Hauptausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt werde. Zudem solle die Abgrenzung der von der Taskforce beauftragten Tätigkeiten zwischen regulären Aufgaben der Verwaltungseinheiten und Eigenebetriebe, insbesondere Staatsbetrieb, und zusätzlicher Aufträge sowie deren Finanzierung dargestellt werden. Es gebe etliche Dinge, zu denen man keinen Mitarbeiter oder keine Mitarbeiterin der Taskforce brauche, sondern zu denen man den Staatsbetrieb habe, der diese Aufgaben übernehme.

Ratsherr Schaadt, GRÜNE, führt aus, dass seine Fraktion diese Vorlage ganz anders lese. Es werde damit ein Sachstandsbericht vorgelegt und ein solcher Sachstandsbericht werde auch meistens zur Kenntnis genommen. Die Ausführungen der Vorrednerin zum Aachener Stadtbetrieb irritierten ihn massiv. Eigentlich seien sich doch alle Seiten einig, dass die Wiederbelebung der Innenstadt eines der wichtigsten Anliegen sei. Die Stadt packe dieses Anliegen mit einem klugen Prozess an. Wichtig sei dabei, die Menschen der Stadtgesellschaft und auch die Stakeholder mitzunehmen. Die angesprochene Charta sei ein Ausdruck dieser starken Gemeinschaftsbildung. Hinter den in der Charta benannten Werten versammle man sich sehr gerne und werde auch die Vorlage der Verwaltung gerne zur Kenntnis nehmen. Im Übrigen erkenne man keinen Mehrwert darin, den Maßnahmenplan vor die Haushaltsberatungen zu ziehen.

Ratsfrau Lürken, CDU, betont, dass ihre Fraktion nicht den Prozess InnenstadtMorgen an sich bemängele. Dieser sei durchaus lobenswert. Man kritisiere aber, dabei nur im Rahmen einer

HA/19/WP18

Ausdruck vom: 15.11.2023

Seite: 6/17

Kenntnisnahme mitgenommen zu werden. Man wolle wissen, was als Nächstes geplant sei und was das kosten werde. In der Vorlage seien keinerlei haushalterische Auswirkungen dargestellt worden. Dies habe auch etwas mit Respekt zu tun. Die Politik müsse auch ernst genommen werden.

Ratsherr Pilgram, GRÜNE, entgegnet, dass mit der Vorlage ein Prozess geschildert werde. Dieser sei schon finanziert und im Haushalt dokumentiert. Ein Sachstandsbericht über einen laufenden Prozess sei durchaus nicht unüblich. Die Forderungen nach Darstellungen der haushalterischen Auswirkungen würden zu einem späteren Zeitpunkt erfüllt, und zwar dann, wenn der Haushalt diskutiert wird.

Ratsfrau Parting, SPD, äußert, dass sie sich wünsche, dass alle ein Stück weit rhetorisch abrüsten. Die vergangenen Ausschuss-Sitzungen seien ein bisschen aus dem Ruder gelaufen. Bei der Wortwahl wäre es gut, wenn alle, bevor man etwas sage, überlegten, ob dabei noch ein freundlicher Unterton vorliege oder nicht. Grundsätzlich begrüße ihre Fraktion den Prozess. Die Vorlage enthalte auch keine zustimmende Kenntnisnahme, sondern nur eine Kenntnisnahme, weil es um einen Sachstandsbericht gehe. Sie gehe auch davon aus, dass der Prozess Finanzmittel nach sich ziehen werde, über die man dann bei den Haushaltsberatungen reden könne.

Ratsherr Baal, CDU, betont, dass es bei dem Prozess InnenstadtMorgen allen um die Attraktivierung der Innenstadt gehe. Die CDU-Fraktion habe schon zu früheren Zeiten alles unternommen, um solche Prozesse zu fördern und zu begleiten. Im Kern gehe es um die Sache und nicht darum, wer der bessere Innenstadt-Entwickler sei. Was die Verwaltung mit dieser Vorlage vorschlage, sei brav. Dies sei ein Beschlussentwurf, den man eigentlich nicht abstimmen lassen könne, da mit Aufrufen des Tagesordnungspunktes der Ausschuss den Punkt schon formal zur Kenntnis genommen habe. Der CDU-Fraktion gehe es darum, der Verwaltung in ihrem Handeln den Rücken zu stärken, indem man einen klaren Beschluss fasse und auch einen Auftrag erteile. Man könne auch aus dem vorgelegten eigenen Beschlussentwurf eine Ratsanfrage machen. Und wenn die Ratsanfrage irgendwann beantwortet sei, werde man diesen Punkt auf die Tagesordnung des Hauptausschusses setzen. Man müsse vergleichen, was eigentlich die bessere Botschaft für die handelnde Verwaltung sei: Schweigen und Wegducken oder aktiv einen Prozess zu befördern.

Frau Oberbürgermeisterin Keupen betont, dass man keine Innenstadtbesorger\*in, sondern Innenstadtgestalter\*in sei. Das, was heute an Rückmeldungen komme, sei ein Schlag ins Gesicht derer, die sich an diesem Prozess über 1,5 Jahre beteiligt haben. Es gehe um ein Zusammenbringen und Zusammenschließen der Aktiven in der Stadt für diese Stadt. Dies sei natürlich ein Prozess, der

HA/19/WP18

Ausdruck vom: 15.11.2023

Seite: 7/17

unbestritten im Hauptausschuss, im Rat und in anderen Ausschüssen stattfinden und von Politik gestaltet und justiert werde. Ohne die Menschen in der Stadt werde man die Stadt aber nicht gestalten können. Ein ausdrückliches Lob möchte sie an Diejenigen richten, die diesen Prozess von der Verwaltungsseite aus mitgestaltet haben und vor allem aber auch an die, die als Händlerinnen und Händler, als Immobilienbesitzer und -besitzerinnen oder als sozial Aktive in der Stadt sich an diesem Prozess und an der Charta beteiligt und ein Zielbild formuliert haben, wie sie diese Stadt entwickeln wollen. In der Vorlage stehe „Aachen ist gerecht, Aachen ist vielfältig und Aachen ist mutig.“ Die Vorlage dieser Charta diene dem Schulterschluss und das, was hier an Polarisierung für kurzfristige politische Gewinne passiert sei, werde dem, was in der Innenstadt passiere, nicht gerecht.

Die finanzielle Ausstattung des Programmes sei im Haushalt abgebildet und werde auch im künftigen Haushalt abgebildet. Man könne der Vorlage auch entnehmen, dass man in der Phase des Ausblickes sei. Sie würde sich wünschen, dass man hierfür Anregungen aus dem Kreis des Hauptausschusses bekommen, um dann auch neue strategische Ausrichtungen vorlegen zu können und im Ausschuss abzustimmen und auf den Weg zu bringen. Wichtig sei, dass man gemeinsam auf dem Weg unterwegs sei, denn nur so könne man erfolgreich sein.

Das Innenstadtfestival sein ein Festival, das aus der Kraft der Stadt heraus funktioniere. Das, was die Verwaltung im Innenstadtmorgen-Prozess tue, sei diese Aktivitäten zusammen zu bringen, sie sichtbar zu machen und das sei die ureigene Aufgabe einer Stadt. Dabei flössen lediglich Gelder in die Internetseite der Bündelung dieser Aktivitäten. Die dazugehörigen Stellen seien im Stellenplan eingestellt worden und diese Stellen arbeiteten im Sinne, für und mit der Stadtgesellschaft.

Die Charta sei eine sehr gute Zusammenfassung dessen, wie man diese Stadt ausrichten wolle, und es sei eine Übereinkunft aus der Stadtgesellschaft heraus. Sie wünsche sich, dass man heute auch diese Übereinkunft vom Hauptausschuss aus unterstützen werde, denn das sei, was man kraftvoll in diese Stadt als Botschaft und Leitbild formulieren könne, um die Innenstadt zukunftsfähig zu gestalten. In den verschiedenen Werkstätten seien 50 Aktive beteiligt gewesen, die sich über ein Jahr eingebracht hätten, und dies solle auch anerkannt und weiter unterstützt werden.

Ratsherr Mohr, AfD, äußert, dass in der Vorlage sehr viel dargestellt worden sei, was im Vorfeld zu dieser Charta an Kommunikationsprozessen stattfand, es sei von vielen Workshops die Rede, 50 Aktive seien daran beteiligt gewesen. Es handele sich aber dabei um eine Ansammlung von Allgemeinplätzen. Ein Marketingpraktikant hätte an einem halben Tag die runterschreiben können. Er fragt an, wie viele „Mann-Stunden“ in der Verwaltung in dieses Projekt eingebracht worden seien, wie teuer die Kosten bzw. Rechnungen von Urban Catalyst gewesen seien und was die konkreten Projekte seien, die jetzt daraus resultierten.

HA/19/WP18

Ausdruck vom: 15.11.2023

Seite: 8/17

Ratsherr Helg, FDP, führt aus, dass er die Kritik der CDU nicht als Kritik an der Sache, sondern als Kritik an dem Inhalt der Vorlage aufgefasst habe. Es sei auch die ureigenste Aufgabe der Opposition, an den Vorlagen der Verwaltung, hinter denen ja auch meistens der Willen der Mehrheit stehe, herum zu mäkeln. In dem Beschlussvorschlag stehe ja auch nur drin, dass die Verwaltung beauftragt werden soll, zur nächsten Hauptausschuss-Sitzung, die erst am 22.11. stattfinde, den Maßnahmenplan und die dazugehörige Finanzplanung vorzulegen. Bis dahin sei noch genügend Zeit. Deswegen appelliere er an die Mehrheitsfraktionen, dass wenn gleich der Sachstandsbericht zur Kenntnis genommen werde, zumindest dem ersten Absatz des Beschlusssentwurfs der CDU-Fraktion auch zuzustimmen.

Ratsfrau Lürken, CDU, betont, dass der Prozess an sich ein guter Prozess sei, aber man fordere eine aktive Mitwirkung der Politik in den Gremien. Auf Seite 5 der Vorlage stehe im letzten Satz: „Zentral sind dabei die drei übergeordneten Ziele: Aachen wird gerecht, vielfältig und mutig.“ Dies sei der Grund für Ratsfrau Eschweiler gewesen, noch einmal zu betonen, dass man davon ausgehe, dass die Stadt Aachen dies bereits sei und dies sei eine Selbstverständlichkeit. Die CDU biete durch den vorgelegten Beschlusssentwurf mehr als eine kraftvolle Unterstützung durch eine Kenntnisnahme an.

Die Oberbürgermeisterin habe eben darum gebeten, dass der Hauptausschuss Anregungen geben solle. Dann solle dem Hauptausschuss aber auch der Maßnahmenkatalog gegeben werden. Etwas einfach nur abzunicken, sei zu wenig. Man habe in dieser Stadt viele große Projekte auf den Weg gebracht. Dies sei auch eines. Aber sie könne sich nicht daran erinnern, dass all die anderen Projekte mit reinen Kenntnisnahmen begleitet worden seien.

Ratsfrau Griepentrog, GRÜNE, zeigt sich erstaunt, dass man Dinge nicht nur unterschiedlich verstehen, sondern offensichtlich auch unterschiedlich lesen könne. Ihre Fraktion habe diesen Bericht einfach als Sachstandsbericht gelesen. Jedem stehe es frei, zu einem Sachstandsbericht weitere Anregungen zu geben. Dass die CDU nicht bereit sei, Anregungen zu geben, nur weil es ein Sachstandsbericht sei, sei nicht zu verstehen. Es sei eine Selbstverständlichkeit, dass man mit einem Sachstandsbericht alle auf dem Laufenden halte, wo man gerade stehe. Wenn dann aber Beschlüsse anstünden, die dann zu Kosten und zu neuen Einverständnissen führen, dann gebe es auch Beschlussvorlagen mit Beschlussvorschlägen. Deswegen hoffe sie, dass man gar nicht so weit auseinander sei. Man könne auf jeden Fall im nächsten Hauptausschuss und im nächsten Rat Maßnahmen beschließen. Dies widerspreche gar nicht einem Sachstandsbericht und sie hoffe auch weiter auf Mitwirkung. Viele Menschen seien daran beteiligt gewesen. Denen gelte an dieser Stelle ihr Dank. Von Seiten ihrer

Fraktion brauche man keinen anderen Beschluss an dieser Stelle, da man davon überzeugt sei, dass die Verwaltung dies an entsprechender Stelle aufgreifen werde.

Ratsherr Schaadt, GRÜNE, zeigt sich erfreut darüber, dass man auch verbal nun auf die Straße des Konsenses eingebogen sei. Es gehe um die Sache und an Ratsfrau Eschweiler gerichtet äußert er, es habe auch mit der Wortwahl zu tun. Wertschätzung gehe eben anders. Er könne kein „braves“ Verhalten der Verwaltung erkennen, sondern mutiges Verhalten in der Gestaltung des Prozesses. Wenn er die Vorlage richtig verstanden habe, sei man aktuell etwa bei  $\frac{3}{4}$  dieses Prozesses und gegen Ende des Jahres werde der Prozess abgeschlossen sein. Es bringe demnach nichts, jetzt irgendwelche Beschlüsse zu fassen und er bezweifle, ob man tatsächlich schon im nächsten Hauptausschuss konsolidierte Maßnahmenprozesse mit Kosten usw. sehen könne. Dies wäre dem Prozess vorgegriffen, wenn eigentlich in der Vorlage stehe, dass bis Ende des Jahres gearbeitet werde. Es sei daher kein Mehrwert darin zu erkennen, dass man der Verwaltung im laufenden Prozess einen Maßnahmenkatalog und die Benennung einer Finanzplanung um den Hals hänge, weil man eigentlich davon ausgehe, dass dieser Prozess nun in diesem ersten Schritt zu Ende geführt werde und man dann die nächsten Schritte gehe. Die Entscheidungen hierzu kämen selbstverständlich in den Hauptausschuss und in die zuständigen Ausschüsse zurück.

Ratsfrau Eschweiler, CDU, betont, dass sie sich auch in diesem Ausschuss keinen Maulkorb verpassen lasse. Sie lasse sich auch nicht in den Mund legen, dass sie die Bürgerinnen und Bürger missachte, die sich in diesen Prozess mit eingebracht haben. Wenn die Mehrheit sie ernst nehmen würde, dann würde sie zumindest dem Kompromissvorschlag von Ratsherrn Helg zustimmen, denn da stehe ja nicht drin „bis zum nächsten Hauptausschuss“, sondern „bis zum Hauptausschuss“. Dann habe man ja die Möglichkeit, auch noch die Anregungen über die Haushaltsberatungen einzubringen, wenn man dem heute nicht vorgreifen wolle. Aber wenn man wirklich irgendetwas von diesen Maßnahmen umsetzen wolle, dann müsse man sie auch mit Geld hinterlegen und dann sei die Frage auch erlaubt, wie der Maßnahmenplan für 2024 aussieht, damit diese Vorlage, die im Moment nur eine Zusammenfassung enthalte, auch ein bisschen konkreter werde.

Frau Oberbürgermeisterin Keupen erwidert auf die Frage von Ratsherrn Mohr, dass die Stellen im Stellenplan und die Kosten im Haushalt hinterlegt seien.

Sodann lässt die Oberbürgermeisterin über den Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion abstimmen.

Dieser wird vom Hauptausschuss bei 6 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

HA/19/WP18

Ausdruck vom: 15.11.2023

Seite: 10/17

Anschließend stimmt der Hauptausschuss über den Beschlussvorschlag der Verwaltung ab:

**Beschluss:**

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis.

**zu 4 Der Internationale Karlspreis zu Aachen. Eine Dauerausstellung**

**Vorlage: E 49/0061/WP18**

Ratsherr Beus, DIE LINKE, betont, dass seine Fraktion schon seit längerer Zeit zum Thema Karlspreis eine kritische Einstellung vertrete. Weder Karl der Große noch eine beträchtliche Anzahl der bisherigen Preisträger\*innen dürften unkritisch gesehen werden. Daher werde seine Fraktion der heutigen Vorlage auch nicht zustimmen.

Ratsherr Pilgram, GRÜNE, antwortet, dass man zum Karlspreis stehen könne, wie man wolle. Es sei aber unstrittig, dass er zur Stadt Aachen gehöre und auch international wahrgenommen werde. Im Rahmen der vorgesehenen Ausstellung werde der Karlspreis sicher nicht unkritisch dargestellt werden. Er regt an, im Hof des Grashauses im Rahmen einer kleinen Präsentation die Touristen auf den Karlspreis hinzuweisen.

Ratsherr Mohr, AfD, äußert, dass die Karlspreisverleihung in den letzten Jahren mit der Ursprungsidee der Preisverleihung nichts mehr zu tun gehabt habe. Eine Ausstellung sei nicht erforderlich. Er werde daher gegen die Vorlage stimmen.

Herr Beigeordneter Brötz teilt mit, dass der LVR mitgeteilt habe, dass die Zeitplanung bis März 2025 aus Sicht des LVR nicht umsetzbar sei. Das Projekt werde sich daher verzögern. Man sei aktuell deswegen dabei, eine Interimslösung zum Jubiläum zu konzipieren.

**Beschluss:**

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich die Verwaltung, gemeinsam mit den Karlspreisgremien den Kapellenraum im Grashaus als Dauerausstellung zum Karlspreis vorzusehen und den Finanzbedarf, die Trägerschaft und Zuständigkeit zu klären.

HA/19/WP18

Ausdruck vom: 15.11.2023

Seite: 11/17

**zu 5 Ratsantrag Nr. 229/18 der CDU-Fraktion vom 09.02.2022**

**„Angsträumen mutig entgegentreten“**

**Vorlage: FB 61/0684/WP18**

Ratsfrau Lürken, CDU, betont, dass sich ihre Begeisterung über die Vorlage der Verwaltung in Grenzen halte. Der Antrag sei rund 1,5 Jahre alt und es stünde neun Mal „Kenntnisnahme“ vorne drauf. In der Bezirksvertretung Brand sei dazu ein geänderter Beschluss gefasst worden und sie hätte sich gewünscht, dass dieser geänderte Beschluss heute auf den Tischen liege, da Angsträume nicht nur die Innenstadt, sondern auch die Außenbezirke betreffen. In Eilendorf sei dieser Punkt seitens der Verwaltung von der Tagesordnung genommen und auch nicht mehr draufgesetzt worden.

Frau Oberbürgermeisterin Keupen weist darauf hin, dass ein geänderter Beschluss der Verwaltung vom Bezirksamt bzw. dem Bezirksbürgermeister nicht zur Kenntnis gebracht worden sei. Eine Entscheidung über die Tagesordnung der Bezirksvertretung falle in die Zuständigkeit der Bezirksbürgermeisterin, die das auch eigenständig entschieden habe.

Ratsfrau Lürken, CDU, äußert, dass in der Vorlage Fußnoten angefügt seien und das Ergebnis einer Masterstudie eingeflossen sei und eigentlich fehle nur das Literaturverzeichnis wie bei einer Doktorarbeit. Es sei aber gar nicht so kompliziert, den Antrag ihrer Fraktion zu beantworten. Wenn in der Vorlage stehe, dass es Anliegen der Vorlage sei, aufzuzeigen, wie der Umgang mit Angsträumen in der Stadt bisher geführt worden sei und welche Formen der Zusammenarbeit dem zugrunde liegen, dann sei das ja schön. Ihre Fraktion hätte sich aber gewünscht, dass man nicht eine wissenschaftliche Abhandlung an dieser Stelle bekomme, sondern einfach eine Internetplattform, wo Räume identifiziert und gemeldet, Ursachen geklärt werden können, gegengesteuert und diese Maßnahmen der Politik vorgestellt werden. Sie benötige niemanden, der erkläre, warum sie sich an der einen oder anderen Stelle unwohl fühle. Die Vorlage mute sich für sie ein wenig so an, als ob sie sage: Angsträume machen Angst. Ich melde diese, dann passiert ein Wunder und dann ist die Angst weg.

An vielen Stellen der Vorlage finde man den Ausdruck, in Aachen gebe es Räume, die entsprechende Merkmale aufweisen, gebe es Straßenbereiche und Plätze, die Defizite aufweisen. Die Vorlage bleibe absolut vage. Man könne sich an die Sitzung des Hauptausschusses erinnern, in der der Polizeipräsident anwesend war, in der gesagt wurde, dass es sieben Räume in Aachen gebe, die absolut schwierig seien. Bis heute wisse man nicht, welche Räume das seien. Ihre Fraktion hätte erwartet, dass man hierauf in der Vorlage eingegangen wäre.

In der Vorlage habe sie lesen müssen, dass das Problem an einer Internet-Plattform sein könnte, dass, wenn der Raum benannt werde, in dem es schwierig sei und Menschen Angst hätten, dieser Raum stigmatisiert werde. Es sei also wichtiger, diesen Raum nicht zu stigmatisieren, als dafür zu sorgen, dass jemand keine Angst in der Stadt haben muss. Das könne aber nicht sein. Man werde doch noch sagen dürfen, dass man an einer bestimmten Stelle etwas tun müsse. Die Vorlage sei viel zu vage. Es sei darin die Rede davon, dass Beleuchtungsmaßnahmen stattgefunden hätten und Sträucher geschnitten worden seien. Es werde aber nicht gesagt, wo dies erfolgt sei. Es fehlten Daten, Zahlen und Fakten. Auch finanzielle Auswirkungen würden nicht genannt. Die CDU-Fraktion hätte sich gewünscht, kurzfristig zu agieren.

Ratsfrau Brinner, GRÜNE, entgegnet, dass sie den Eindruck habe, dass von der Stadt Aachen ganz viele umfassende Maßnahmen ergriffen werden, um Angsträume zu reduzieren, die auch in der Vorlage sehr gut dargestellt würden. Im Antrag der CDU stehe u.a., dass die Ursachen der Angsträume ergründet werden sollten. In der Vorlage der Verwaltung würden ihrer Meinung nach dazu eigentlich keine Fragen offengelassen. Zum ersten Absatz des Beschlussvorschlages der CDU sei anzumerken, dass in der Vorlage ohnehin erwähnt werde, dass geplant sei, den Fachbereich 32 in den Mängelmelder einzubinden. Wie das genau geschehen soll, sei für sie zweitrangig. Zum zweiten Absatz des CDU-Vorschlages merkt sie an, dass daraus haushalterische Konsequenzen resultierten, die aber nicht beziffert worden seien. Die Vorlage sage aber auch aus, dass es im Rahmen des Mängelmelders die Möglichkeit gebe, fehlende Beleuchtungssituationen zu melden. Sie gehe davon aus, dass die Verwaltung in solchen Fällen auch hingehge und kurzfristig und unkompliziert die Beleuchtungssituation auch verbessern werde. Ihre Fraktion halte an dieser Stelle eine Kenntnisnahme der Verwaltungsvorlage für gut und für ausreichend.

Ratsfrau Eschweiler, CDU, weist daraufhin, dass dieses Thema auf der Tagesordnung der Sitzung der Bezirksvertretung Eilendorf gewesen sei. Es sei aber verwaltungsseitig mit dem Hinweis zurückgezogen worden, dass man später wieder auf die Bezirksvertretung zukommen werde. Vor Aufstellung der Tagesordnung für die Sitzung am 16.08.23 sei in der Verwaltung dazu nachgehört worden. Es sei nicht ihr Versehen gewesen, dass dies in Eilendorf nicht beraten wurde.

Der Mängelmelder sei von der CDU beantragt worden und funktioniere hervorragend. Man habe auch keine Probleme damit, wenn als Anhang des Mängelmelders auch solche Angsträume benannt werden können. Womit man allerdings ein Problem habe, sei dass es gar nicht stimme, dass die Verwaltung dies schon mache. In der Vorlage heiße es auf Seite 12: "Die Die Einrichtung einer weiteren Plattform zur Meldung von Angsträumen wie im Ratsantrag vorgeschlagen sieht die

HA/19/WP18

Ausdruck vom: 15.11.2023

Seite: 13/17

Verwaltung kritisch: Einerseits könnte diese zu Unübersichtlichkeit und Verwirrung führen, andererseits besteht die Gefahr, dass eine Aufforderung zur Meldung von Angsträumen eine Stigmatisierung von Stadträumen und den sich dort ggfs. aufhaltenden Personengruppen verursachen könnte.“ Dies sei mit der Kenntnisnahme eine klare Absage an die Hilfe, die ihre Fraktion sich wünsche. Der Bericht erhalte lediglich eine Sachstandsbeschreibung. Er enthalte keine Lösungen und auch keinen Bericht darüber, was passiert sei. Eine Kenntnisnahme würde beinhalten, dass die Bearbeitung des Antrages erledigt sei. Dies sei aber nicht die Vorstellung der CDU-Fraktion. Man nehme das Thema sehr ernst und wolle es nicht bei dieser Sachverhaltsdarstellung belassen.

Ratsherr Mohr, AfD, betont, dass man in Aachen seit vielen Jahren eine Zurüstung des Ordnungsamtes in personeller und finanzieller Hinsicht brauche. Diese Forderungen trage die AfD seit 2014 vor. Angsträume entstünden nicht von heute auf morgen. Sie seien schon zu Zeiten von Herrn Oberbürgermeister Marcel Philipp entstanden.

Ratsherr Tilmanns, CDU, äußert, dass man aus der Vorlage nicht lernen brauche, dass Angsträume Angst machen. Dies wisse man, aber dann müsse man auch daraus Konsequenzen ziehen. Solche Konsequenzen seien aber in der Vorlage aus seiner Sicht nicht beschrieben. Die Konsequenzen könnten nur bedeuten, nach vorne zu gehen und etwas zu ändern. Aber genau dieser Ansatz fehle in der Vorlage. Es gehe doch darum, wie man die Angsträume denn in den Griff bekommen könne.

Ratsfrau Parting, SPD, führt aus, dass es natürlich in Aachen Angsträume gebe. Von daher habe man sich über die Vorlage gefreut, da dort sehr viel drinstehe, was gut beschreibe, wie viel gemacht werde. Selbstverständlich gebe es auch noch Punkte, zu denen man noch etwas unternehmen müsse, z.B. im Bereich der Beleuchtungssituation. Anders als die CDU sehe sie es nicht so, dass sich die Verwaltung auf sieben Angsträume beschränke, sondern dass sehr mutig gesagt werde, wo man etwas tun werde. Es sei völlig in Ordnung, den Mängelmelder zu ergänzen. Aber dies sei ja auch in der Vorlage schon angekündigt. Zu der Forderung der CDU, zusätzliche Mittel bereit zu stellen, sei zu bedenken, dass man gar nicht wisse, in welchem Umfang Mittel benötigt würden. Wenn man aber keine Summe kenne, könne man auch keinen Blanko-Scheck ausstellen und deswegen werde man dem Beschlussvorschlag der CDU auch nicht zustimmen. Dennoch sei dies ein wichtiges Thema, das vor allem Frauen betreffe. Man müsse da weiterhin ein Auge drauf richten.

Ratsherr Dr. Breuer, GRÜNE, weist drauf hin, dass in der Bezirksvertretung Brand zu diesem Punkt beschlossen worden sei, dass die Bezirksvertretung die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis nimmt. Dies sei aus Brand so geschickt worden. An Ratsfrau Eschweiler gerichtet betont er,

HA/19/WP18

Ausdruck vom: 15.11.2023

Seite: 14/17

dass in der Vorlage klar stehe, dass zukünftig geplant sei, dass der Fachbereich Sicherheit und Ordnung in den Mängelmelder eingebunden werde. Aus eigener Erfahrung könne er sagen, dass der Mängelmelder gut und schnell abgearbeitet werde. Es sei auch nicht zu erkennen, dass die Vorlage nicht nach vorne denke.

Ratsfrau Griepentrog, GRÜNE, äußert, dass sie erwartet habe, dass die CDU sich erst einmal dafür bedanke, wie ausführlich ihr Antrag beantwortet worden sei. Es sei sich intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt worden. Es gebe viele Dinge, die auf dem Weg seien und die natürlich auch immer weiterentwickelt würden. Als der Polizeipräsident im Hauptausschuss gewesen war, habe es einen guten Grund gehabt, warum er nicht einzelne Straßen und Angsträume benannt habe. Es könnte zu einer Stigmatisierung führen, wenn man immer wieder einzelne Orte benenne und deswegen sei es auch sehr wichtig, dass man dies auch als Politik und Verwaltung nicht tue. Es würde sonst Jahre dauern, bis man dies wieder wegbekomme.

Ratsherr Helg, FDP, kündigt an, dass er dem geänderten Beschlussvorschlag der CDU zustimmen werde, insbesondere im Hinblick auf dessen zweiten Absatz, mit dem die Verwaltung beauftragt werden soll, Maßnahmen aus der Prioritätenliste Beleuchtung kurzfristig umzusetzen.

Es dürfe auf keinen Fall eine Vermischung zwischen den beiden Termini „Kriminalitätsschwerpunkte“ und „Angsträume“ erfolgen. Dies sei in einigen Wortmeldungen nicht genau getrennt worden. Von den seinerzeit sieben benannten Kriminalitätsschwerpunkten seien vier bekannt. Dies seien Kaiserplatz, Elisenbrunnen, Bushof und Pontstraße. Darüber hinaus gebe es etliche Angsträume in der Stadt, in der Innenstadt und auch in den Außenbezirken. Man dürfe nicht das Signal nach außen setzen, dass es nur die sieben, vom Polizeipräsidenten benannten, Kriminalitätsschwerpunkte gebe, vielmehr gebe es etliche in Aachen, beispielweise überall dort, wo es dunkel sei.

Frau Oberbürgermeisterin Keupen lässt dann zunächst über den geänderten Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion abstimmen. Dieser wird bei 6 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend wird über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abgestimmt.

### **Beschluss:**

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis.

**zu 6 Umlegungsausschuss**  
**Wiederwahl und Wahl von Mitgliedern**  
**Vorlage: FB 62/0025/WP18**

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss folgenden

**Beschluss:**

Der Hauptausschuss empfiehlt einstimmig dem Rat, Herrn Thomas Hagelskamp zum Vorsitzenden des Umlegungsausschusses und Herrn Dipl.-Ing. Norbert Preuth als stellvertretenden Vermessungssachverständigen wiederzuwählen. Er empfiehlt weiterhin einstimmig, Herrn Dr.-Ing. Florian Bonenkamp als Bewertungssachverständigen und Herrn M.Sc. Julian Vollmert als stellvertretenden Bewertungssachverständigen zu wählen.

**zu 7 Mitteilungen der Verwaltung**

Mitteilungen der Verwaltung für den öffentlichen Sitzungsteil werden nicht vorgetragen.

Aachen, den 13. September 2023

## **BESCHLUSSVORSCHLAG**

### **Sitzung des Hauptausschusses am 13.09.2023**

#### **TOP Ö 3 – Sachstand "Zukunftsprozess Innenstadt morgen" - hier:**

##### **Innenstadt Charta**

Die Verwaltung wird beauftragt, den Maßnahmenplan für den „Zukunftsprozess Innenstadt morgen“ und die zugehörige Finanzplanung für 2024 zur Beschlussfassung dem Hauptausschuss vorzulegen.

Zudem soll die Abgrenzung der von der Task Force beauftragten Tätigkeiten zwischen regulären Aufgaben der Verwaltungseinheiten und Eigenbetriebe (insbesondere Aachener Stadtbetrieb) und zusätzlichen Aufträgen sowie deren Finanzierung dargestellt werden.



Aachen, den 13. September 2023

## **BESCHLUSSVORSCHLAG**

### **Sitzung des Hauptausschusses am 13.09.2023**

#### **TOP Ö 5 – Angsträumen mutig entgegentreten**

Die Verwaltung wird beauftragt, Angsträumen mutig entgegenzutreten und hierbei nicht nur die sieben in Aachen bekannten Kriminalitätsschwerpunkte in den Blick zu nehmen, sondern auch die vielen kleinen Angsträume im gesamten Stadtgebiet zu beseitigen. Ausgehend vom Fachbereich Sicherheit und Ordnung sollen die bestehenden Kooperationen und Instrumente ausgebaut werden. Der Mängelmelder soll schnellstmöglich um eine Kategorie zur Meldung von Angsträumen erweitert werden.

Die Verwaltung wird zudem beauftragt, Maßnahmen aus der Prioritätenliste „Beleuchtungsmaßnahmen“, welche zur Reduktion von Angsträumen dienen können, mit unterjährig zusätzlich bereitzustellenden Mitteln kurzfristig umzusetzen und so einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der subjektiven Sicherheitsempfindung zu erbringen.

Den Bezirksvertretungen und dem Hauptausschuss soll jährlich vor der Sommerpause ein Bericht zu den erkannten und den beseitigten Angsträumen vorgelegt werden.